

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverarbeitungs- und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 2—4 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 24. Januar 1919

**Inhalt. Vertragsleistung.** — An unsere Mitglieder! — Die Gewerkschaften und die Sozialisierung der Industrie. — Die Frau und der Gewerkschaftskampf. — Die Gewerkschaften und die Kaufkraft des Geldes. — An die Arbeitslosen! — Fachgruppe für Lederverarbeitung. — Arbeitsgemeinschaft in Braunschweig. — Regelung der Lohnfrage im Sattlergewerbe von Hamburg-Altona-Bandsbel und Harburg. — Die Sattlerarbeiten der Artilleriewerkstätten. — Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung. — Neuordnung des Arbeitsrechts. — Die Volksfürsorge beim Kriegsende. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Bekanntmachung der Branchen-Zentralkommission für die Auto- und Wagensattler. — Adressen der Branchen-Zentralkommission. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Jan. bis 1. Febr. 1919 ist der 5. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Vertragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## An unsere Mitglieder!

Die Revolution, die Volkshebung am 9. November 1918, hat einen fast unblutigen Verlauf genommen. Heller Jubel durchbrauste die Arbeiterschaft, der Ruf nach Einigkeit aller Proletarier fand lebhaften Beifall in ihren Reihen. Leider hat dieser eigentlich selbstverständliche Gedanke sich nicht verwirklichen lassen. Die Sozialisierung wurde als Schlagwort in die Massen geworfen. Weil nun die Mehrheitssozialisten, den gegebenen Zuständen entsprechend, bestrebt sind, durch die Einberufung der Nationalversammlung eine verhandlungsfähige Regierung zu schaffen, die einen möglichst günstigen Frieden zustande bringt, um dann mit der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe zu beginnen und organisch fortzuführen, werden sie von den Anhängern der U. S. B. D. und den Spartaciden als Gegenrevolutionäre und Vertreter der Arbeiterschaft bezeichnet. Anstatt nun diese Meinungsverschiedenheit mit geistigen Waffen auszutragen, mußten wir es leider erleben, wie durch bewaffnete Putzsch vor allem die Nationalwahlen sabotiert werden sollten. Die Demokratie wurde mit Füßen getreten, die Pressefreiheit brutal unterdrückt, und was das Bedauerlichste ist: Bruderblut ist in Massen geflossen und viel Unheil über eine große Anzahl Proletarierfamilien angerichtet worden. Wir enthalten uns, auf die Einzelheiten der Straßenkämpfe in Berlin einzugehen. Jeder möge sich sein Urteil selbst bilden und dann sagen, ob solche Vorgänge geeignet sind, der guten Sache des Proletariats zu dienen.

Auf Tiefste bedauern wir das tragische Ende der beiden geistigen Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Beide haben für die Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus Hervorragendes geleistet. Wir erkennen ihr Wirken voll an, wenn uns auch die Wege, die sie in letzter Zeit gingen, trennten. Goffent-

lich entgehen die Schuldigen ihrer gerechten Sühne nicht.

Die in letzten Tagen vielfach ausgesprochenen Besichtigungen wegen Unruhen am Tage zu den Wahlen der Nationalversammlung sind erfreulicher Weise nicht eingetreten. Soweit bis zur Drucklegung dieser Zeitung Berichte vorliegen, haben sie einen ruhigen Verlauf genommen und der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg gebracht.

Durch die allen unsern Mitgliedern bereits bekannten Vorgänge in Berlin, besonders durch die gewalttätige Besetzung des „Vorwärts“ durch Spartakus, war es unmöglich, die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ in gewohnter Weise herauszubringen. Sonnabend, den 11. Januar, wurde der „Vorwärts“ durch Regierungstruppen den rechtmäßigen Besitzern wieder zurückerobert. Doch die Druckereierrichtungen und das Gebäude sind derart beschädigt, daß erst nach Aufräumungsarbeiten und Instandsetzung der Maschinen der Betrieb notdürftig wieder aufgenommen werden konnte. Unsere Bemühungen, die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ in einer anderen Druckerei herstellen zu lassen, scheiterten an Papiermangel. Wir bitten daher unsere Mitglieder um Entschuldigung und hoffen, daß wir in Zukunft von derartigen Ereignissen verschont bleiben mögen, um in altgewohnter Weise die Verbindung der Verbandsleitung und der Redaktion mit den Mitgliedern im Lande aufrecht zu erhalten zu können.

Mehr denn je ist ein enger Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaften notwendig. Gilt es doch, der mühsen, ja geradezu nichtswürdigen Agitation des Spartakus und seiner Mitläufer gegen die freien Gewerkschaften, wie sie auf der Reichskonferenz der Spartaciden angekündigt wurde, entgegenzuwirken. Dabei bauen wir auf den gesunden Sinn aller Gewerkschaftsmitglieder und erwarten bestimmt, daß sie diese falschen Propheten an ihren Früchten erkennen. Die beste und würdigste Antwort ist, mit noch größerem Eifer für die restlose Organisierung aller Berufsangehörigen zu sorgen.

## Die Gewerkschaften und die Sozialisierung der Industrie.

Keine Frage steht gegenwärtig mehr im Vordergrund der öffentlichen Erörterung als die schleunige Einberufung der verfassunggebenden Versammlung für das Reich und die „Sozialisierung“ der Industrie. Zu letzterer Frage macht Gen. G. Reichel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ durchaus beachtenswerte Ausführungen, die sowohl im Interesse der Arbeiter, als auch im Interesse der Gewerkschaften liegen.

Nach Karl Marx vollzieht sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Richtung der Konzentration des Kapitals, der Betriebsmittel und der Zusammenschließung bisher getrennter Produktionsstätten zu immer größerer und leistungsfähigeren Wirtschaftsunternehmen. Die selbständige Einzelunternehmung verdrängt mehr und mehr; an ihre Stelle tritt die Aktienunternehmung, die von der nächsthöheren Stufe der Produktion und des Warenverkehrs, dem Syndikat abgelöst wird. Die Produktiv-

kräfte wachsen über die alte Wirtschaftsform hinaus; sie geraten mit den Allgemeininteressen in immer stärkeren Widerspruch. Ihre Bindung durch Staatsgesetz und die Ablösung durch den Staat zum Schutze der Arbeiter und Konsumenten muß erfolgen.

Die Sozialisierung ist nach dieser Auffassung das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung des kapitalistischen Zeitalters. Diese Entwicklung hat aber keineswegs in allen Gewerbe- und Industriezweigen den von Marx vorgezeichneten Weg eingeschlagen. Neben Industriezweigen mit stärkster Kapital- und Betriebsverdichtung haben wir Gewerbebetriebe, in denen sich die mittlere und kleine Betriebsform noch als durchaus lebensfähig erweist. Hier ist die Anhäufung des Kapitals und der Betriebsmittel noch nicht vollzogen. Die stärkste Kapitalanhäufung finden wir dort, wo der größte Gewinn in Aussicht steht. Das ist bei den Banken, der chemischen Großindustrie, dem Kohlenbergbau und der Schwereisenindustrie der Fall. Hier nur sind die Voraussetzungen, von denen Marx ausging, mehr oder minder erfüllt. Hier kann in eine nähere Prüfung eingetreten werden, ob, wie weit und unter welchem Formen sich die Sozialisierung durchzuführen läßt.

Der Krieg, dieser gewaltigste aller Revolutionäre, der das deutsche Volk und mit ihm die ganze deutsche Volkswirtschaft aus der Bahn seiner Entwicklung herausgeworfen hat und dem wir die politische Umwälzung verdanken, hat auch die Gesirne der Menschen revolutioniert. Die Arbeiterschaft fordert jetzt vielfach die weitestgehende Sozialisierung des Privateigentums an Produktionsmitteln, ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen solche Umwälzungen vollzogen werden können. Ohne viel Ueberlegung geht man aufs Ganze. Wer nicht rückhaltlos der Sozialisierung der gesamten Produktion zustimmt, gilt schon als ein Verräter an der Revolution. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die mit der Weltwirtschaft verknüpft sind, sind jedoch schwerer zu meistern, als die politischen Verfassungen.

Nun ist es ja bei jeder tiefergehenden Volksbewegung so, daß sie über die von den Führern aufgestellten Ziele hinausstrebt, daß der Strom gleichsam die Ufer überflutet. Die Arbeiter haben vor und während des Krieges die fabelhaft hohen Gewinne der Industrieunternehmen gesehen und verlangen nun, daß das kapitalistische System durch die gemeinwirtschaftliche Gütererzeugung über Nacht abgelöst werde. Sie fürchten, daß alles beim alten bleibt, wenn die wirtschaftliche Revolution nicht rasch erfolgt. Wir müssen uns aber fragen: Besteht denn wirklich für die Sozialisierung irgendwelche Gefahr? Faßt man die Frage so auf, daß die gesamte Industrie, das Handel und Gewerbe jetzt sozialisiert werden soll, so ist das Bestehen einer solchen Gefahr, und zwar einer recht großen, zuzugeben. Diese Gefahr kommt aber weniger von den Anhängern der alten Ordnung, sondern fließt vornehmlich aus der Sache selbst. Da die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine so weitgehende Sozialisierung zurzeit fehlen und mit dem besten Willen nicht geschaffen werden können, so würde es nur der Sozialismus selbst sein, der sich sein Grab durch ein unzumutbares Vorgehen schaufeln würde.

Die Sozialisierung vernünftig aufgefaßt und durchgeführt, ist keiner Gefahr ausgesetzt. Gute muß sich zur Sozialisierung grundsätzlich jeder Wirtschafts- und Sozialpolitiker bekennen, der es gut meint mit dem Volke. Was vor dem Krieg noch einmütige Ablehnung erfahren hat und bei weitem nicht von allen Arbeitern begriffen und gut-

gehoben wurde, ist heute Gemeingut des Volkes. Die Idee der Sozialisierung hat selbst im Bürger-tum zahlreiche Anhänger gewonnen. Sie ist aus wirtschaftlichen, sozialen und steuerpolitischen Gründen durchaus notwendig. Niemand kann die Sozialisierung aufhalten. So wenig rechtstehende Kreise die Resultate der politischen Umwälzung wieder un-gesehen machen können, so wenig kann man die Revolutionierung unserer Wirtschaftsordnung ver-hindern. Ihr hat der Krieg und der Kriegsausgang gründlich vorgearbeitet. Wenn erst einmal der Friede geschlossen sein und die Höhe unserer finan-ziellen Verpflichtungen bekannt sein wird, dann wird es sich zeigen, daß für große private Gewinne aus unserer industriellen und gewerblichen Arbeit künfti-gin überhaupt keine Möglichkeit bestehen wird. Die Erkenntnis, daß wir mit unserer Volkswirt-schaft „vor einem Abgrund stehen“, wird erst nach und nach kommen, genau wie dem Volke die Augen über die wahre Kriegslage erst in letzter Stunde auf-gegangen sind. Dann wird die Idee der Soziali-ferung unwiderstehlich sein.

Also braucht man über die Finanzgriffnahme und Durchführung der wirtschaftlichen Revolution nicht besorgt sein. Die kommt nicht erst, die ist in Wirk-lichkeit schon eingeleitet. Was aber fehlt, das ist die klare Erkenntnis des Wie, des Umfangs und des Zeitpunktes der Sozialisierung. Die am weitesten linksstehenden Arbeiterführer fordern die Sozialisierung der gesamten Produktion, ohne uns sagen zu können, wie das gemacht werden soll. Nur die reife Frucht kann man ohne Schaden genießen. Und auch reife Früchte darf nur der genießen, der sie ertragen kann.

Jeder der linksstehenden Genossen stellt sich unter der Sozialisierung etwas anderes vor. Vielsach glaubt man schon durch die Entsendung einiger Ar-beiter aus den Betrieben in die kaufmännische Lei-tung der großen Industriebetriebe die sozialistische Produktion verwirklicht zu haben. Man denkt nicht daran, daß das nichts Sozialistisches ist, nicht einen System-, sondern nur einen Personenwechsel darstellt. Jede organische Zusammenfassung eines bestimmten Industrie- oder Gewerbebezuges zu einem bestimm-ten Zweck fehlt. Die einzelnen Industriebetriebe werfen infolge ihrer kommerziellen Entwicklung, ihrer technisch gut oder weniger gut ausgebildeten Betriebs-einrichtungen und mit Rücksicht auf ihre Vertriebslage ungleiche Erträge ab. Eine so mechanisch vorgenommene „Besteuerung“ der Industriebetriebe würde — abgesehen von dem Mangel jeder Vorbildung der Arbeiter für die techni-sche und kaufmännische Leitung — notwendiger-weise zu großen Ungleichheiten unter den Arbeitern einer bestimmten Industrie-Gruppe und zu Gegen-sätzen dieser mit den Arbeitern anderer Industrie-gruppen führen, die wirtschaftlich nicht so günstig gestellt sind. Und Industriebetriebe, die während des Krieges große Gewinne abgemoren haben, kön-nen durch die Art des Friedensschlusses völlig kon-kurrenzunfähig werden, so daß die jetzt von den Arbeitern vorgenommene, nur auf den Betrieb be-schränkte „Sozialisierung“ ihnen später zur größten Last werden kann. Sozialisieren soll doch heißen, daß dem gesamten Volke die Vorteile zugute kom-men, die bis jetzt einige Wenige genossen haben. Günstigsten Falles würden die Arbeiter bei einer auf den Betrieb beschränkten Sozialisierung eine Zeitlang etwas höhere Löhne haben als die große Masse der übrigen Arbeiter. Viel wahrscheinlicher aber ist, daß durch ungewöhnliche Eingriffe in die Verwaltungstätigkeit und bei gänzlicher Außeracht-laffung des immer noch geltenden Preisbildungs-gesetzes von Angebot und Nachfrage, das industrielle und gewerbliche Leben vollends zum Stillstand kommt. Jetzt, wo unsere Industriebetriebe auf die Friedensarbeit umgestellt werden müssen, wo es an Aufträgen und Rohstoffen mangelt und der Welt-markt uns versperrt ist, ist es die allerungünstigste Zeit zur Sozialisierung. Was nützt den Arbeitern die Festsetzung von höheren Löhnen für einige Wochen auf Grund des Beschlusses in einer Ver-sammlung, wenn hinterrand mangels lohnender Aufträge und Abnahmefähigkeiten Betriebs-einschränkungen, Arbeitslosigkeit und Lohnherab-setzungen kommen? Wenn etwa die in die Be-triebsleitungen delegierten Arbeiter selbst Ent-lassungen und Lohnherabsetzungen beantragen müssen?! Der gewerkschaftliche Standpunkt erfor-dert sowohl gegenüber der Privat- als auch der so-zialisierten Wirtschaft, sich nicht in die eigentliche Betriebsführung hineinzuweisen. In der jetzigen Zeit der Ubergangswirtschaft müssen wir uns vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus darauf beschrän-ken, die Verdienste so zu gestalten, daß die Arbeiter unter den Feuerungsverhältnissen zurechtzukommen vermögen. Das allein schon wird die Aufzehrung der Reserven vieler Industrieunternehmen zur Folge haben. Unternehmergewinne können und dürfen in einer solchen Zeit nicht gemacht werden. Wir alle schaffen jetzt mit Rücksicht auf die Rohlen-mangel, dem Mangel an Rohstoffen und Trans-portsmitteln nicht entfernt so viel neue Werte, wie wir Lohn oder Gehalt beziehen. Wir gehen vom Nationalvermögen, das wir durch den Krieg bereits

weitgehend aufgebraucht haben. Wir haben doch nur eine Papiergeld- und keine solide Finanzwirtschaft. Das belastet unsere Volkswirtschaft für die Zukunft außerordentlich schwer. Hört der Zustand der Un-sicherheit und der unproduktiven Arbeit nicht bald auf, so geht unsere ganze Volkswirtschaft daran zu Grunde und mit ihr der deutsche Sozialismus.

Mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage kann die Sozialisierung großkapitalistischer Wirtschaftsunter-nehmungen mit monopolistischen Tendenzen nur durch eingehendes Studium für die spätere Gele-gung vorbereitet, nicht aber jetzt schon durchge-führt werden. Ganz abgesehen davon, daß von der Sozialisierung der gesamten Industrie zurzeit über-haupt keine Rede sein kann. Dazu fehlen alle Vor-aussetzungen. Zum mindesten muß man doch erst Arbeitsaufträge und Rohstoffe zur Warenherstellung haben, ehe man mit der Sozialisierung beginnen kann. Reif für die Vorbereitung zur Sozialisierung ist nach meiner Meinung der Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, die chemische Großindustrie, die Schwei-zei- und die Elektrizitätsindustrie. Auch der See-schiffsbau und die Lokomotiv- und Waggonfabriken können hierfür noch in Frage kommen. Die Loko-motiv- und Waggonfabriken arbeiten für die nächsten Jahre ausschließlich für den Bedarf des Staates und der Gemeinden. Dieser Gewerbe-branchen gehört zu den durch die Gunst der Umstände bevor-zugten Wirtschaftszweigen. Es wäre hier nach meiner Meinung nicht mehr als recht und billig, wenn jeder Unternehmergewinn aus-geschlossen würde. Das kann auf dem einfachsten Wege dadurch erreicht werden, daß für die erteilten Staats-aufträge nur die Selbstkosten ersetzt werden. Das neu zu errichtende Reich wird ja sowieso die Kriegs-gewinne weitgehend einziehen sowie eine allgemeine Vermögensabgabe unter Schonung der kleineren Ver-mögen durchzuführen müssen. Den Aktionären oder Betriebsinhabern der Lokomotiv- und Waggon-fabriken könnte der auf sie entfallende Kriegs-gewinn- und Vermögenssteuerbetrag als Ablösungs-betrag für die spätere gänzliche Abtretung der Un-ternehmungen an den Staat gutgeschrieben werden. Für ihre Tätigkeit erhalten die Betriebsleiter eine entsprechende Entlohnung. Auf die Vergütung des über die Vermögensabgabe hinaus in den Be-trieben verbleibenden Kapitalteiles müßte verzichtet werden, weil der Staat als Warenkäufer darauf sehen muß, daß ihm die Betriebsmittel für seine Eisenbahnen im Interesse einer späteren, sparsamen Wirtschaftsführung nicht teuer zu stehen kommen. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter müßten durch Abschluß eines Arbeitsvertrages für die ganze Industrie einheitlich geregelt werden.

Das ist ein Beispiel, wie die Sozialisierung zum Vorteil des gesamten Volkes durchgeführt wer-den kann. In den anderen für die Sozialisierung „reifen“ Wirtschaftszweigen wird man unter Umständen andere Wege einschlagen müssen. Jedens-falls aber steht fest, daß man nur auf diese oder eine ähnliche Weise sozialisieren, das heißt den Privat-beitz an Produktionsmitteln in Volksbesitz über-führen kann. Aber auch dann sind die Gewerkschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedin-gungen noch notwendig. Es geht auch in den künftigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen: der Volks-republik nicht an, die Arbeiterausschüsse oder ge-werkschaftlichen Vertrauensmänner beiseite zu schie-ben und sie durch Arbeiterdelegierte in den Betriebs-leitungen ersetzen zu wollen. Die wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiter sind die gewerkschaftlichen Organisationen und deren Unterorgane die Arbeiter-ausschüsse.

## Die Frau und der Gewerkschafts-kampf.

Das ewige natürliche Prinzip der Differen-zierung, der immer größeren Einheit von einzelnen freien Gliedern zeigt in der höchsten Vollendung der Natur, im menschlichen Zusammensein seine Existenz im Streben nach immer engeren Gemeinschafts-formen von freien Persönlichkeiten.

Die Ehe ist die engste Gemeinschaftsform. In ihr tritt am klarsten zutage der Geist, der auch die großen und größten Gemeinschaftskreise erfüllen muß, die Idee, daß das Glück nur kommt durch die Einheit von freien einzelnen. Nicht für sich sorgt jeder in der Ehe; sein Sinnen gilt dem Ehegatten und durch dieses jedem einzelnen.

Die Ehe ist die älteste und die grundlegende Ge-meinschaftsform. Sie erzieht naturnotwendig zum Gemeinschaftsgefühl und je inniger ihre Bande, um so mehr fühlt der Mensch den selbstig-begleitenden Wert, der auch den großen Gemeinschaften inne sein muß.

Da vor allem die Frau die Trägerin des Ge-mütswertes in der Ehe ist, so ist es darum auch die Frau, die der Ehe als Faktor der Gemeinschaftskultur die Seele gibt. Sie bindet die Herzen zu einem Herzens- und Liebesglück, das dann doppelt zurück-wirkt auf die Seele jedes einzelnen und ihn freier macht und größer und edler und das in stetem Wachsen über sich hinauswächst und neues Leben

schafft, Blüten, durchdrungen von der Seele der Ge-meinschaft und darum auch reifer für die Gemein-schaftswohl.

Bei dieser Bedeutung des Frauenwertes für die Kultur des Gemeinschaftsgefühls ist es heilige Pflicht, das Leben so zu gestalten, daß diese hohen inneren Entwicklungswerte der Frau in ihm nicht zu Schaden kommen. Die Forderungen des Wirt-schaftslebens, des Berufes müssen diesen feilsch-fittlichen Forderungen der Frauennatur entsprechen. Harmonisch müssen beide zusammen dienen der Ent-wicklung zu höherer Gemeinschaftskultur.

Es ist das Verdienst der Arbeiterbewe-gung, diese natürlichen Werte der Frau zuerst erkannt zu haben. Erst heute, wo die Frau durch den Willen des Volkes endlich zum politischen Machtfaktor geworden, zeigen auch die Feinde der freien Arbeiterbewegung Interesse für die Frau. Doch nicht, als wenn sie die hehren natürlichen Werte edler Weiblichkeit bestimmen sein lassen wollten für die wirtschaftliche Organisierung des Lebens. Nein, nur den Stimmgabel wollen sie von ihnen, dann können sie wieder weiter verkümmern mit all dem Reichthum ihres Inneren, den die Natur zu so hohen Zielen bestimmt hat.

Frauenfreiheit ertrifft allein die Arbeiterbe-wegung, zu der der freigewerkschaftliche Kampf gehört, denn wir haben die Einheit in Freiheit auf unsere Fahne geschrieben und wollen in unserem Gewerkschaftskampfe zunächst die wirtschaftliche Freiheit erringen, da nur in dieser Sonne die freie geistige, sittliche und seelische Persönlichkeit, auch der Frau knospen und blühen kann, die freie weibliche Per-sönlichkeit, die dann erst in vollendetem Maße der Ehe bringen kann den Adel des freien Glüdes und den Geist freier Innigkeit, die dann erst auch dem aus dieser glücklichen Innigkeit geborenen neuen Leben in herrlicher Tiefe geben kann, den Keim eines neuen, freien Menschentums.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Die Gewerkschaften und die Kauf-kraft des Geldes.

Es ist noch nicht ganz sicher, ob jene klugen Leute, die vor dem Kriege die Bedeutung der Ge-werkschaften für die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter-schaft als gering hinstellten, nun, nach dem Kriege, in sich gehen und den Irrtum einsehen. Sicher werden es nur wenige Personen sein, deren Scheu-klassen so gut gearbeitet sind, daß sie den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Die 51 Monate Kriegs-zeit gaben dem Gewerkschaftsgedanken eine geradezu glänzende Rechtfertigung seines Daseins. Notwendiger aber noch als im Kriege werden sich die Gewerkschaften nun in der Ubergangszeit erweisen. Jetzt, nach dem Kriege, bevor wir Ordnung in unsere vollkommen zerrüttete Volkswirtschaft gebracht haben, werden von den Gewerkschaften Kraftleistungen größter Art verlangt werden. Millionen Soldaten strömen in die Heimat zurück. Sie sollen als Ar-beiter in die Wirtschaft eingestellt werden. Es ist nicht zu erwarten, daß diesem Verlangen in aus-reichendem Maße Rechnung getragen werden kann. Von schweren Erschütterungen heimgefußt, ist der Körper unserer Volkswirtschaft krank, jedenfalls ist er außerstande, jene Leistungen zu vollbringen, deren Vorhandensein allein das Schlimmste verhindern könnte, von dem der Arbeiter betroffen werden kann: Arbeitslosigkeit! Hier werden jene Kraftleistungen von unseren Gewerkschaften verlangt und sicher auch geleistet werden.

Die Gewerkschaften werden sich, ihrer Aufgabe gemäß, als Freunde in der Not erweisen. Sie werden ihren Mitgliedern mit gewaltigen Geld-summen beispringen, um sie vor dem äußersten zu bewahren! Diese Hilfsmittel werden bestimmt sein, zunächst die Ernährung sicherzustellen. Wichtig ist dabei, jene gewaltigen Summen im Sinne höchster Wirtschaftlichkeit zu verwenden. Die Kaufkraft jener Summen muß bis zum Höchstmaste gesteigert werden. Keine unwirtschaftliche Verwendung auch nur des kleinsten Teiles jener Mittel, mit denen die Gewerkschaften dem wirtschaftlichen Elend steuern! Wie das zu geschehen hat, ist aus dem Wesen der Ge-werkschaftsbewegung ohne Zwang zu folgern. Keine Verbesserung der Lebenshaltung ohne Berufs-organisation, aber auch keine Sicherung und keine Erhöhung der Kaufkraft des Geldes ohne Organi-sation! Hier findet die Gewerkschaftsarbeit ihre Ergänzung durch Arbeit unserer Konsumvereine. Sie regeln den Verbrauch an Lebensgütern materieller Art und sorgen für die Ausmerzung aller Kräfte im Wirtschaftsleben, die dem Höchstmaste am Wirtschaft-lichkeit entgegenstehen. Wer den Leistungen der Ge-werkschaften den größten wirtschaftlichen Nutzen sichern will, hat für die Steigerung der Kaufkraft des Geldes zu sorgen. Das Geld für diese Tätigkeit ist der Konsumverein. Gewerkschaft und Konsum-verein gehören immer, besonders aber in der Zeit wirtschaftlicher Not, zusammen.



# Sonntag, 26. Januar, finden die Wahlen zur preuß. Landesversammlung

# Sonntag, 2. Februar, finden die Wahlen zur sächs. Landesversammlung

statt. Bei diesen Wahlen haben die Wähler — Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr an — genau wie bei den Nationalwahlen das Recht und die Pflicht, durch Abgabe des Stimmzettels für

## die Sozialdemokratie

zu stimmen. — Wer für Demokratie und Sozialismus, wer für Frieden, Freiheit und Brot ist, der

# wählt sozialdemokratisch!

### An die Arbeitslosen!

Die kürzlich errichtete Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände richtet an das werktätige Volk Deutschlands folgenden Aufruf:

#### Was kann uns retten?

Uns allen droht der Untergang! Unerhörte feindliche Waffenstillstandsbedingungen und überhäufte Demobilisierung haben das Rückgrat unserer Wirtschaftsmaschine aufs schwerste geschädigt. Arbeitsgeist und Ordnungssinn sind gelähmt; viele verharren in Untätigkeit. Der Ueberfüllung der Großstädte steht Arbeitermangel in den Industriebezirken und in der Landwirtschaft gegenüber. Arbeitermangel herrscht im Bergbau. Die Kohle ist die Kraftquelle der Volkswirtschaft. Die Kohlennot ist aufs höchste gestiegen. Die Fabriken müssen feiern. Wir müssen frieren und warme Nahrung und Wohnung entbehren.

#### Arbeitslose, helft Kohle fördern!

Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen Pflug und Spaten keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine Nahrung. Ohne eiserne Maschinen keine Textilindustrie, daher keine Kleidung. Ohne eiserne Werkzeuge und Geräte keine Bautätigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotiven, keine Eisenbahnwagen, keine Schiffe, daher kein Verkehr.

#### Arbeitslose, helft Eisen schaffen!

Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volkslebens. Unsere Verkehrsmittel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen hat uns die Entente weggenommen. Mit dem verbleibenden Rest müssen wir wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein geregelter Güterumlauf.

#### Arbeitslose, helft den Güterumlauf beschleunigen!

Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Startoffeln stecken noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Milchvieh fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

#### Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslose, bleibt nicht in den Großstädten! Arbeitslosigkeit wird noch lange fehlen, weil Holz- und Hilfsstoffe nicht herankommen und Aufträge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Feldgrauen hinein, die ein Recht auf ihren alten Platz haben.

#### Arbeiter, Ihr habt Euer Schicksal in der eigenen Hand!

Wer arbeitet, nützt sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht arbeitet, veründigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst. Noch nie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Geheiß und Verderben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen, wie in den nächsten Wochen und Monaten.

#### Volksgenossen, erkennt und übt wahre Solidarität!

Stärkt den Arbeiterwillen und das Verantwortungsbewußtsein, sonst macht Ihr Euch mitschuldig am Untergang unseres Volkes.

#### Arbeitslose, meldet Euch bei den Arbeitsnachweiserinnen und holt Euch Rat bei den Demobilisierungsausschüssen in den Stadt- und Landkreisen.

Bei Arbeitswechsel ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

### Fachgruppe für Lederverarbeitung.

Donnerstag, den 9. Januar, tagte die erste konstituierende Gruppe VI des Arbeitsausschusses der Lederwirtschaft, die Fachgruppe für Lederbearbeitung. Anwesend waren die Herren Dr. Noehl,

E. Rasch, Paul Scholz, Wögner, Paul Schumann und Reichenberg für die Arbeitgeber. Die Herren Blum, Weinschild, Wolf, Ronger, Spiegel und Gittinger für die Herren Arbeitnehmer. Entschuldig fehlten die Arbeitgebervertreter der Treibriemenindustrie und des Verbandes deutscher Lederwarenfabrikanten, Sitz Offenbach a. M.

Herr Dr. Noehl schilderte in kurzen Zügen die Arbeitsgemeinschaften in ihrer Zusammenfassung als Industrie-Parlament und zur Erledigung schwebender Fragen in bezug auf den achtstündigen Arbeitstag und Schaffung von Kollektivverträgen.

Die Fachgruppen unterstehen dem Demobilisierungsamt, sind paritätisch zusammengesetzt und haben die Aufgaben über eigene Wirtschaftsjahren selbständig zu beraten und zu beschließen.

Die Treibriemenbranche hat beim Demobilisierungsamt die Bildung einer eigenen Fachgruppe beantragt, ebenso die Offenbacher Lederwarenfabrikanten für die Portefeulleindustrie. Herr Dr. Noehl glaubt, daß die Fachgruppe nur stark sein könne, wenn Portefeulleindustrie, Sattler-, Treibriemen- und Handschuhindustrie in einer Gruppe vereinigt sind.

Nach eingehender Diskussion wurde einstimmig beschlossen, den Sitz der Geschäftsstelle der Fachgruppe in Berlin zu belassen.

Zum Geschäftsführer wurde Herr Dr. Noehl, Berlin, einstimmig gewählt.

Ebenso die Herren M. Ludwig, Arbeitgeber, B. Blum, Arbeitnehmer, zu Vorsitzenden.

Herr Dr. Noehl verliest ein Schreiben des Verbandes christlicher Lederarbeiter, worin ersucht wird, dieser Organisation und dem Gewerbeverein der Lederarbeiter (S.-D.) eine Vertretung in den Ausschüssen zu belassen. Da die Vertretung der Arbeitnehmer Sache der betreffenden Arbeitnehmerorganisation ist, wird ihnen aufgegeben, sich bei Besetzung der Posten in den Unterausschüssen zu verständigen.

In den Zentralausschuss wurden gewählt:

Arbeitgeber: Als ordentliche Mitglieder: Für Sattlerei und Militäreffektenfabrik Herr Max Ludwig, Berlin.

Für die Lederwarenindustrie Herr Dr. Noehl, Berlin.

Für die Treibriemenindustrie Herr Direktor Caken-Leundersdorf, Wühlheim a. M.

Als stellvertretende Mitglieder: Für die Sattlerei- und Militäreffektenindustrie Herr Ganzemüller, Berlin.

Für die Sportartikelindustrie Herr M. Reichenberg, Berlin.

Für die Handschuhindustrie Herr E. Rasch, Berlin. Arbeitnehmer: Als ordentliche Mitglieder: Für die Sattlerei- und Militäreffektenindustrie Herr Peter Blum, Berlin.

Für die Lederwarenindustrie Herr S. Weinschild, Berlin.

Für die Handschuhindustrie Herr Gittinger, Berlin.

Als stellvertretende Mitglieder: Für die Sattlerei- und Militäreffektenindustrie Herr Alfred Nidel, Berlin.

Für die Lederwarenindustrie Herr Franz Ronger, Berlin.

Für die Treibriemenindustrie Herr S. Spiegel, Berlin.

Einstimmig wurde beschlossen: Wenn im Ausschuss der Lederwirtschaft die Interessen der verschiedenen Spezialbranchen am gleichen Tage zur Verhandlung kommen, sollen Vertreter und Stellvertreter gleichzeitig geladen werden, um bei den sie speziell interessierenden Fragen zu fungieren.

In der nächsten Sitzung soll eine Sitzung vorbereitet werden.

Die entstehenden Kosten der Fachgruppen sollen verhältnismäßig umgelegt werden.

Herr Blum regt an, die nächste Sitzung der Fachgruppe möglichst mit der des Zentralausschusses zu verbinden.

Für die Handschuhindustrie wurde folgender Unterausschuss gebildet:

Arbeitgeber: Die Herren Davidsohn, Berlin, E. Rasch, Berlin, und Harwitz, Halberstadt.

Arbeitnehmer: Die Herren Johann Gittinger, Berlin, Fritz Gilek, Berlin, und Notwehr, Halberstadt.

Den übrigen Fachgruppen wird aufgegeben, ebenfalls ihre Unterausschüsse zu bilden und die Namen der Gewählten sofort an die Geschäftsstelle, Herrn Dr. Noehl, Berlin S.O. 16, Engelapfer 1c, mitzuteilen.

### Arbeitsgemeinschaft in Braunschweig.

Am 9. Dezember fand eine gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Lederwarenindustrie und der Sattlereien der Stadt Braunschweig statt. Anwesend waren fast sämtliche Unternehmer, ferner die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe neben der Ortsverwaltung. Dem Vorsitz übernahm Herr Bewig. Derselbe führte aus, daß die Versammlung auf Antrag der hiesigen Ortsverwaltung einberufen sei, um klare Stellung zur umgehenden Beschaffung von Notstandsarbeiten und Festlegung von Mindestlöhnen zu schaffen. Herr B. bemerkte, daß Aufträge fast nicht vorhanden, Material schwer zu beschaffen sei. Kollege Paul erjuchte die Fabrikanten, alles anzubieten, um eine Besserung der äußerst schwierigen Lage der Uebergangswirtschaft einigermaßen in die Wege zu leiten. Er machte aufmerksam, daß man bei den Arbeitern mit keinem Verdienst, sondern auch ebeuwell einmal mit einer Einbuße rechnen müsse. Alles müsse aufgeboten werden, um das Heer der Arbeitslosen in unserer Branche auf das Mindeste herabzudrücken. Ferner schlug er vor, sofort eine Kommission von drei Arbeitnehmern und drei Arbeitgebern, die als Arbeitsgemeinschaft arbeiten soll, zu wählen, deren Aufgabe es sein muß, so schnell als nur möglich Material zu beschaffen und entstehende Differenzen beizulegen. Als Mindestlohn möchte bei achtstündiger Arbeitszeit 1,75 Mk. pro Stunde, bei Akkordlohn 75 Mk. pro Woche gezahlt werden. Wo kürzer als wie 8 Stunden gearbeitet wird, ist die Reichsarbeitslohnfürsorge für den Stundenausfall heranzuziehen. Die Herren Habermann, Gotthmann und Bewig sprachen sich für Uebernahme der Notstandsarbeiten aus. Allen Unternehmern ist der Lohn von 1,75 Mk. zu hoch. Herr Manz meinte, der Materialmangel sei bald behoben, nur hält er den Absatz der Waren bei den hohen Löhnen für unmöglich; ferner machte er auf die Abmachungen von Berlin und Offenbach von 1,50 Mk. Mindestlohn aufmerksam, desgleichen Herr Bewig, der meinte, wenn die Gesellen bei ihren Forderungen beharren, sie lieber die Betriebe schließen und auf vier Wochen den Lohn zahlen wollen. Herr Gotthmann schlug einen Stundenlohn von 1,50 Mk. und einen Akkordlohn von 1,75 Mk. vor. Die Kollegen Franz Heine und Paul versuchten noch einmal die Forderungen zu begründen. Herr B. schlug eine Vermittlung von 1,65 Mk. vor. Herr Wiesholler meinte, wenn man in Berlin mit 1,50 Mk. auskomme, dann werden auch wir damit auskommen. Herr Erdmann frug bei Herrn Manz an, ob er dieselben Löhne wie Herr Habermann auf Schulternisten zu zahlen gedenke; derselbe versprach eine Verbesserung der Angelegenheit. Nach langer Debatte wurden folgende Mindestlöhne, welche für ganz Braunschweig bindend sind, einstimmig beschlossen: Mindestlohn für Sattler über 20 Jahre 1,50 Mk., unter 20 Jahren 1,25 bis 1,30 Mk. pro Stunde. Akkordarbeitern ist im Durchschnitt 1,75 Mk. pro Stunde zu garantieren. In die Kommission der Arbeitsgemeinschaft wurden gewählt: Arbeitgeber: die Herren Bewig, Manz und Weisse; Arbeitnehmer: die Kollegen Paul, Franz Heir und B. Heise. Der Beschluß hat Gültigkeit bis zum 28. Februar 1919, dann leitet die Kommission das Weitere ein.

### Regelung der Lohnfrage im Sattler- gewerbe von Hamburg-Altona- Wandsbek und Harburg.

In einer Verhandlung der Ledertreibriemenfabrikanten mit dem Verband der Sattler und Portefeuller und der Sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates von Hamburg-Altona und Umgebung am 20. Dezember 1918 wurden für die Ledertreibriemenfabriken und der in diesen Gebieten befindlichen Lederwarenfabriken obengenannten Städtegebiete folgende Lohnsätze den heutigen Verhältnissen entsprechend anerkannt und festgelegt.

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden.
2. Gelernte Sattler über 20 Jahre p. Std. v. Woche Mt. 2,— Mt. 98,—
3. „ „ „ unter 20 „ „ 1,80 „ 86,40
4. Angelernte männliche Hilfsarbeiter über 20 Jahre nach 6 monatlicher Beschäftigung „ 1,80 „ 86,40
5. Desgl. unter 6 monatlicher Beschäftigung „ 1,60 „ 76,80
6. Angelernte männliche Hilfsarbeiter unter 20 Jahren nach 6 monatlicher Beschäftigung „ 1,60 „ 76,80
7. Desgl. unter 6 monatlicher Beschäftigung „ 1,40 „ 67,20
8. Hilfsarbeiter unter 17 Jahren „ 1,— „ 48,—
9. Qualifizierte Hilfsarbeiterinnen (Handgehörinnen) „ 1,80 „ 86,40
10. Hilfsarbeiterinnen für Stangen und Maschinennähen „ 1,20 „ 57,60  
Desgl. „ 1,40 „ 67,20
11. Hilfsarbeiterinnen für leichte Arbeiten „ 1,— „ 48,—
12. Als Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen gelten nur solche, welche ausschließlich nur im Gewerbe tätig sind. Männlichen Hilfsarbeitern ist gleiche Beschäftigung in anderen Betrieben anzurechnen. In Zweifelsfällen entscheiden die Betriebs-Delegierten gemeinsam mit Arbeitgeber und Arbeiter.
13. Zwischenmeister, Heimarbeit und Akkordarbeit ist nicht gestattet.
14. Sämtliche Lohnsätze gelten als Mindestlöhne.
15. Ueberstunden sind nur in dringenden Notfällen gestattet und mit 50 Proz. Aufschlag zu zahlen.
16. Entlassungen wegen Arbeitsmangel dürfen nur vorgenommen werden, wenn die tägliche Arbeitszeit auf 6 Stunden verkürzt ist.
17. Vorstehende Vereinbarungen sind in jedem Betrieb auszuhängen. Dieselben gelten rückwirkend ab 1. Dezember 1918 für die Uebergangszeit, bis eine andere Regelung durch Verhandlungen der Organisationen erfolgt. Fehlbeträge sind ab 1. Dezember 1918 nachzuzahlen.

### Die Sattlerarbeiten der Artilleriewerkstätten.

Nachdem die Anfertigung von Ausrüstungsstücken für Mann und Pferd auch in den Artilleriewerkstätten eingestellt werden mußte und die Betriebe, zwecks Vermeidung von Arbeitslosigkeit, für die Privatindustrie umgestellt wurden, befürchtet diese, und zwar nicht mit Unrecht, eine Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit. Wir haben schon von den Vorgängen in Spandau berichtet. Nun hat vor einiger Zeit die Artilleriewerkstatt in Lippstadt sich durch die Vermittlung der westfälischen Landwirtschaftskammer an die Kommunalverwaltungen gewandt und sie ersucht, Bestellungen auf Sattlergeschirre von Landwirten entgegenzunehmen. Hierdurch wäre den Sattlerbetrieben eine fühlbare Konkurrenz erwachsen, die sich auf Jahre hinaus geltend gemacht hätte, um so mehr, als die Geschirre wesentlich billiger geliefert werden sollten, als sie seinerzeit in Privatbetrieben hergestellt werden konnten. Wegen dieser Schädigung des Sattlerhandwerks haben darauf die westfälisch-lippischen Handwerkskammern gemeinschaftlich beim Kriegsministerium Verwahrung eingelegt. Das letztere hat die Beschwerde für begründet erachtet und folgende Antwort erteilt:

Auf die Eingabe an den Herrn Kriegsminister und die Eingabe an das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt wird nachstehendes erwidert: 1. Die Artilleriewerkstatt Lippstadt ist angewiesen, die Anfertigung von neuen Geschirren sofort einzustellen. 2. Die Artilleriewerkstatt hat ferner Anweisung, alle sonstigen Gegenstände des Friedensbedarfs, deren Herstellung sie während der Uebergangswirtschaft zur Beschäftigung ihrer Sattler aufnimmt, nur zu handelsüblichen Preisen abzugeben. 3. Es ist angeordnet, daß die Artilleriewerkstatt die während des Krieges angefertigten der notwendigen Vergrößerung des Betriebes eingestellten Sattler nach und nach entläßt und auf diese Weise auf den Friedensstand an Sattlern zurückkommt. Dieser Friedensstand an Sattlern und damit überhaupt die Sattlereien bei den Artilleriewerkstätten müssen bestehen bleiben. 4. Die bei den Artilleriewerkstätten vorhandenen Ledermengen sind, soweit sie nicht zur Beschäftigung

der Sattler unbedingt gebraucht werden, der Kontrollstelle für freigegebenes Leder zur Verfügung gestellt, zwecks weiterer Verteilung an Industrie und Handwerk.

Diese Verfügung gilt generell für alle Artilleriewerkstätten. In Lippstadt sollen nunmehr Instandsetzungsarbeiten auf Eisenbahnwagen 1. und 2. Klasse ausgeführt werden, auf welche die seither mit Militärarbeit Beschäftigten nicht eingearbeitet sind. Sie halten den Einspruch der Sattlermeister für nicht gerechtfertigt, weil die Sattlermeister nicht in der Lage sind, den dringenden Anforderungen der Landwirtschaft zu genügen und weil sie betriebstechnisch nicht so wie die Artilleriewerkstätten eingerichtet sind. Auch befürchten die Arbeiter, nach Fertigstellung der Instandsetzungsarbeiten entlassen zu werden. Sie beantragten deshalb, die noch lagernden 46 000 Kilogramm Geschirrleder ihnen wieder zur Anfertigung von Geschirren für die Landwirtschaft freizugeben.

Da die beschlagnahmten Leder dringenderen Bedürfnissen als der Herstellung von neuen Geschirren dienen müssen, so kann an eine Freigabe nicht gedacht werden. Aber wenn es geschehen würde, sind in absehbarer Zeit die 46 000 Kilogramm doch aufgearbeitet und die Kollegenchaft steht wieder vor einem Nichts. Ist es da nicht besser, wenn sie die ins Fach schlagenden Instandsetzungsarbeiten auf Eisenbahnwagen aufnimmt? Bei dem jetzigen und wahrscheinlich noch lange anhaltenden Mangel an Eisenbahnwagen ist die Aussicht auf dauernde Beschäftigung günstiger als bei der Verarbeitung der beschlagnahmten Ledermengen.

Das Kriegsministerium hat verfügt, daß alle Instandsetzungsämter die bei ihnen lagernden Geschirre und Stallfaden, soweit sie reparaturbedürftig sind, den Artilleriewerkstätten überwiesen werden sollen. Das gleiche will das Verwertungsamt mit dem Zertrennen von Ausrüstungsstücken aus Papierstoff mit Lederbeflag. Damit wird Arbeit für kriegsbeschädigte und sonstige Sattler geschaffen, die sich für Arbeiten an Eisenbahnwagen nicht eignen.

### Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Eine Verordnung des Staatssekretärs des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung vom 4. Januar 1919 verpflichtet den Unternehmer eines gewerblichen Betriebes mit mindestens 20 Arbeitern, diejenigen Kriegsteilnehmer einzustellen, die bei Ausbruch des Krieges in seinem Betrieb als gewerbliche Arbeiter in ungehindigter Stellung beschäftigt waren und sich binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder binnen zwei Wochen nach ihrer ordnungs- oder befehlmäßiger Entlassung vom Heeresdienste zur Wiederaufnahme bei ihm melden. Die Einstellungsspflicht erstreckt sich auch auf solche Kriegsteilnehmer, die zurzeit des Kriegsausbruches ihrer Dienstpflicht beim Heere oder der Marine genügen, sowie auf solche, die bei Kriegsausbruch noch volksschulpflichtig waren oder erst später in den Volksschulbesitz des Unternehmers eingetreten sind. Die Verordnung gilt für gewerbliche Betriebe im Sinne des Artikels VII der Gewerbeordnung, für die Werkstättenbetriebe der Eisenbahnen, Straßen- und Kleinbahnen, sowie auf Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, die als Gewerbebetriebe anzusehen wären, wenn sie zwecks Gewinnerzielung geführt würden, endlich für landwirtschaftliche Nebenbetriebe gewerblicher Art. Bei Betriebsveränderungen kann der Unternehmer die Arbeiterzahl entsprechend einschränken, wobei eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden als untere Grenze für die Arbeitsleistung eines Arbeiters anzusehen ist. Bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter sind neben Betriebsverhältnissen und der Erfindbarkeit der Arbeiter deren Lebens- und Dienstalder, sowie Familienstand zu berücksichtigen. Für die Entlassung kommen in Betracht die nicht auf Erwerb angewiesenen Arbeiter, die in anderen Berufen Arbeit finden können, und die während des Krieges von einem anderen Orte zugezogenen Arbeiter. Jugendliche, im Lehrverhältnis stehende Arbeiter sind tunlichst auf ihren Arbeitsplätzen zu belassen. Bei der Entlassung soll eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Wochen innegehalten werden. Die Löhne sind, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu regeln. Der in dieser Verordnung vorgesehene Schlichtungsausschuß soll auch über Streitigkeiten entscheiden, die die Einstellung der Kriegsteilnehmer betreffen. Die Demobilisierungskommission kann den Schlichtungsausschuß aufrufen und wie eine Partei an den Verhandlungen desselben teilnehmen. Er kann, falls sich nicht beide Parteien dem Schiedsspruch unterwerfen, den letzteren für verbindlich erklären. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft getreten. Sie ist im „Reichsanzeiger“ vom 8. Januar 1919 veröffentlicht.

### Neuordnung des Arbeitsrechts.

Der Rat der Volksbeauftragten hat am 23. Dezember v. J. durch eine Verordnung das Tarifwesen, die Arbeitervertretung durch Ausschüsse und das Schlichtungswesen gesetzlich geregelt. Die neue Verordnung, die im Reichsarbeitsamt ausgearbeitet und mit dem Tage der Verkündung in Kraft getreten ist, erklärt den Inhalt schriftlich zwischen Vereinigungen der Arbeitnehmer und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern abgeschlossener Tarifverträge für alle zwischen den beteiligten Personen vereinbarte Arbeitsverträge als rechtswirksam. Abweichende Vereinbarungen sind nur wirksam, soweit solche im Tarifvertrag grundsätzlich zugelassen sind oder soweit sie eine Minderung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, als allgemein verbindlich erklären (§ 1). Antragsberechtigt sind: jede Vertragspartei des Tarifvertrags sowie Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, deren Mitglieder durch die Erklärung des Reichsarbeitsamtes betroffen werden würden (§ 3). Die allgemein verbindlichen Tarifverträge sind in ein Tarifregister einzutragen, das beim Reichsarbeitsamt oder einer von ihm bezeichneter Behörde geführt wird (§ 5). Die Einsichtnahme in das Tarifregister ist jedem gestattet (§ 5).

Die Bestimmungen über Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und über das Einigungswesen lehnen sich an die Vorschläge im Gewerkschaftsentwurf eines Arbeitsammergesetzes an. In wichtigen Fällen kann das Reichsarbeitsamt die Durchführung des Einigungs- und Schiedsverfahrens selbst übernehmen oder sie einer anderen Schlichtungsstelle überlassen (§ 22). Hier übernimmt das Reichsarbeitsamt die Funktionen eines Reichseinigungsamtes, für die besser eine selbständige Behörde eingerichtet würde. Dies erscheint uns um so notwendiger, als die Streikbewegungen, die den Bestand der deutschen Volkswirtschaft bedrohen und nur durch eine zentrale Vermittlungsinanz beigelegt werden können, sich von Tag zu Tag mehren. Die neue Verordnung ist im „Reichsanzeiger“ vom 28. Dezember 1918 veröffentlicht.

### Die Volksfürsorge beim Kriegsende.

Ein Ende mit Schrecken findet der Krieg — aber er brachte mit einer raschen, unblutigen und gründlichen Revolution die Befreiung des Staates und des Volkes von lästigem Plunder und Unrat. Mancherlei Verwirrung und Störung wird eintreten, meist ohne Grund. Keine Verwirrung und keine Störung darf es im Interesse der Versicherten bei der Volksfürsorge geben!

Wie beim Ausbruche des Krieges, ist es auch bei dessen Beendigung dringende Pflicht aller Mitarbeiter und Freunde der Volksfürsorge, ruhig Blut und klaren Kopf zu behalten. Wie sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch gestalten mögen, die Volksfürsorge kann nach dem Kriege nicht nur ungefährdet weitergeführt werden, sie wird sicher eine rasche und starke Entwicklung haben, denn ihre Grundlagen sind gesund und ihre Aufgaben sind nach dem Kriege noch wichtiger als vor dem Kriege.

Damit keine Verfisherungen getätigt werden, muß das Inkasso unbedingt regelmäßig durchgeführt werden. Die Werbetätigkeit darf nicht eingeschränkt werden. Der Bestand der Volksfürsorge ist gesichert, die Ungewissheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hat keinen Einfluß darauf. Die Vermögensverwaltung der Volksfürsorge ist eine durchaus sichere und den gesetzlichen Vorschriften entsprechende. Die für die Versicherten angesammelten Prämien und Gewinnreserven sind in sicheren Wertpapieren, Kommunalanleihen und Hypotheken angelegt; sie betragen am Schlusse des Jahres 1917 rund 6,5 Millionen Mark und werden sich bis zum Schlusse des laufenden Jahres auf mehr als 9 Millionen Mark steigern. Für etwa eintretende Kursverluste ist eine Reserve von 40 000 Mk. vorhanden, dazu kommt noch eine Reserve von 40 000 Mk. für unvorhergesehene Ausfälle und ein Dividendenausgleichsfonds von 45 000 Mk. Neben diesen Betriebsreserven stehen noch zur Verfügung (vgl. Bilanz für das Geschäftsjahr 1917) an sonstigen Reserven 250 000 Mk. und das bar eingezahlte Garantiekapital der Aktionäre (Gewerkschaften und Genossenschaften) von 1 Million Mark. Es ist daher völlig ausgeschlossen, daß bei der Volksfürsorge Zahlungsschwierigkeiten eintreten könnten, ja daß das Garantiekapital auch nur in Anspruch genommen zu werden brauchte. Ihre Mitarbeiter handeln nicht nur im Interesse der Volksfürsorge, sondern ganz besonders im Interesse der Versicherten, wenn sie allen Gerüchten über mangelnde Sicherheit der Einrichtungen der Volksfürsorge und jeder Panikstimmung energisch entgegenreten.



**Aus unserem Beruf.**

Die Lederversorgung der Sattlereien und Lederwarenfabriken gestaltet sich nach der Einschränkung der Heeresbedarfsartikel etwas günstiger als bisher. Die Behörde hat größere Mengen Leder für die Privatindustrie freigegeben und hat die Kontrollstelle, bei der endlich auch ein Vertreter unserer Berufs-kollegen, Nibel, mitwirkt, beschlössen, 14 000 Quadratmeter unter 2 Millimeter starkes und 369 000 Kilogramm über 3 Millimeter starkes bei der RLVG. Lagerndes und 513 000 Kilogramm 2-3 Millimeter und 943 000 Kilogramm über 3 Millimeter starkes bei militärischen Stellen lagerndes Blankleder der Privatindustrie zuzuführen.

Die Verteilung soll erfolgen: 14 000 Quadratmeter unter 2 Millimeter: 25 Proz. an Sattlerhandwerk, 25 Proz. an Wagenbau (ohne Luxuswagen), 25 Proz. an Militäreffektenfabriken, 25 Proz. an die Lederwarenindustrie. — 824 000 Kilogramm 2-3 Millimeter: 33 1/2 Proz. an Sattlwagen, 25 Proz. an Militäreffektenfabriken, 16 1/2 Proz. an die Portefeuilleindustrie. — 1 812 000 Kilogramm über 3 Millimeter weniger 10 Proz. (131 200 Kgr.) für Treibriemen, gleich 1 180 800 Kilogramm: 50 Proz. an Handwerk, 50 Proz. an Militäreffektenfabrikanten.

Die Bestände von den Lägern der Zuschneidestellen sollen wie folgt verteilt werden: Altona: Heeresausrüstungsindustrie, Barmen: desgleichen Berlin: Heeresausrüstungsindustrie und Lederwarenindustrie je 50 Proz., Breslau: Heeresausrüstungsindustrie und Handwerk je 50 Proz., Erfurt: Heeresausrüstungsindustrie und Handwerk je 50 Proz.

Die Lederproduktion der Gerbereien wird wie folgt verteilt: Unter 3 Millimeter: 1/2 Handwerk und Wagenbau, 1/2 (40 Proz.) Ausrüstungsindustrie, 60 Proz. Lederwarenindustrie, über 3 Millimeter: 50 Proz. Ausrüstungsindustrie, 50 Proz. Handwerk. Der Bedarf der Landwirtschaf ist vorher zu bedenken. Die Anfertigung neuer Geschirre ist ausdrücklich verboten, nur Reparaturen an alten Geschirren dürfen ausgeführt werden.

Die Verteilung erfolgt auf Grund eines mit den Vertretern der Interessenten-Gruppen vereinbarten Verteilungsplanes, und zwar, soweit das Sattlerhandwerk und der Arbeits-Wagenbau in Frage kommen, durch die Sattlerleder-Gesellschaft m. b. H. in Berlin W., Leipziger Str. 92, soweit die Lederwaren- und Heeresausrüstungsindustrie in Frage kommt, durch den Verband der Portefeuille- und Feinleder-Hersteller und -Händler e. V. in Berlin E., Grünstr. 5-6, gegen eine Provision von 5 Proz. Zahlbar ist die Ware bei Empfang, und zwar ab Lager der Verteilungsstelle, eventl. Ratenzahlungen bei Ratenzahlungen.

Des weiteren gibt die Kontrollstelle bekannt: Zweck erstmaliger Belieferung für die infolge der Demobilisierung jetzt aus dem Heeresdienste entlassenen selbständigen Sattler und Sattlergehilfen mit Blank- und Geschirrlleder werden bei den von der Sattlerleder-Gesellschaft m. b. H., Berlin, im Benehmen mit dem Verband Deutscher Sattlerleberhändler und dem Innungsverband Bund Deutscher Sattler-, Riemen- und Täschner-Innungen benannten Sattlerleberhandlungen und Genossenschaften Sperrlager errichtet.

Jeder selbständige Sattler, der selbst jetzt aus dem Heeresdienste entlassen wird oder aus dem Heeresdienste jetzt entlassene Sattlergehilfen neu einstellt, hat sich zwecks Beschaffung von Leder an die nächstgelegene Sattlerleberhandlung bzw. Rohstoffgenossenschaft zu wenden. Diese beantragt bei dem ihr noch zu benennenden Sperrlager die Zuteilung der von der Kontrollstelle festgesetzten Menge Sattlerleber. Das Sperrlager hat der zuständigen Sattlerleberhandlung bzw. Genossenschaft das Leder zwecks sofortiger Weiterleitung an den selbständigen Sattler unverzüglich zuzuteilen.

Es ist in Aussicht genommen, nach Möglichkeit jedem selbständigen Sattler, soweit er nach vorstehendem Absatz 2 bezugsberechtigt ist, bei der erstmaligen Belieferung eine Menge von 2 Hälfen Blank- und Geschirrlleder, eine halbe Haut Näh- und Binderlemerleder sowie etwa 1 Quadratmeter leichtes Leder für Einfas- und Rissenzwecke zuzuteilen.

Bei den künftigen, allgemeinen Verteilungen erfolgen die Zuteilungen grundsätzlich durch diejenigen Sattlerleberhandlungen bzw. Rohstoffgenossenschaften, von welchen der selbständige Sattler vor seiner Einberufung bezogen hat. Auf einen bei der Kontrollstelle zu stellenden Antrag kann die Belieferung durch eine andere Sattlerleberhandlung bzw. Rohstoffgenossenschaft erfolgen. Im Antrage ist die Sattlerleberhandlung bzw. Rohstoffgenossenschaft anzugeben, von der der Sattler früher bezogen hat, und von der er in Zukunft zu beziehen wünscht.

**Korrespondenzen.**

**Berlin, Branchenversammlung der Linoleumleger und Teppichnäher am Sonntag, den 12. Januar.** (E. 16. 1.) Kollege Holz eröffnet 10 1/2 Uhr die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Neubildung der Branche, 2. Unsere Berufslage, 3. Verschiedenes. Er begrüßt zunächst alle aus dem Felde heimgekehrten Kollegen und verliest die Namen der dem Wälder-morden zum Opfer gefallenen Kollegen Schabrodt, König, Grundmann, Jantich, Papieralla II, Mietze, Prauß, Dreptow und Wilsfeldt, zu deren Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erheben. Bei der Vorstandswahl gelingt es, alle Posten mit albewährten Kollegen zu besetzen. Zu Punkt 2 fragt Kollege Kalz an, was geschehen muß, um die Zahl der Arbeitslosen möglichst zu vermindern. Kollege Hartmann berichtet über die Verhältnisse in der Wälderbranche, während Kollege Martens über die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in den anderen Branchen und den neuen paritätischen Arbeitsnachweis für Berlin berichtet und anregt, recht bald auch mit unseren Arbeitgebern in Verbindung zu treten, um ähnliche Zustände zu schaffen. Kollege Gäbler streift die gesetzlichen Bestimmungen über das Existenzminimum. Nach weiterer angeregter Diskussion über die Lage in den Werkstätten stellt Kollege Pieczinski den Antrag für rasche Verhandlung mit den Arbeitgebern. Nachdem Kollege Holz noch die trübe Lage der Branche der Materialknappheit wegen geschildert, die noch sicher mindestens ein halbes Jahr andauern muß, stellte er fest, daß alle Kollegen für den Antrag eintraten und die Agitationskommission, die aus den Vertrauensmännern der Betriebe gebildet ist, sich recht bald mit der Ortsverwaltung über die einzulebenden Schritte in Verbindung setzen wird. Mehrere Kollegen streifen noch die unregelmäßigen Verhältnisse bei D. und E., deren Kollegen jetzt auch wieder, hoffentlich für immer, den Weg zum Verbanne gefunden haben. Im „Verschiedenen“ streift Kollege Gäbler die traurige politische Lage, die die Einigung der Arbeiter über die Führer bedinge, wobei auch einige Kollegen protestierten. Nachdem noch auf ein passendes Lokal für unsere weiteren Versammlungen vom Kollegen Eisermann hingewiesen wurde, schloß Kollege Holz die von 46 Kollegen besuchte Versammlung um 12 1/2 Uhr mit der Aufforderung, am 19. Januar alle Frauen und Verwandten zur Teilnahme an der Wahl für die freie, sozialdemokratische Republik heranzuziehen. Kollege Endrig wird jeden Sonnabend von 6-8 Uhr bei Glaue, Kommandantenstraße, Beiträge lassen.

**Danzig.** (E. 18. 1.) In der am 12. Januar stattgefundenen Versammlung der hiesigen Ortsgruppe hatten sich 78 Kollegen eingefunden. Die Kaffe wurde von den anwesenden Revisoren geprüft und für richtig befunden. Die Mitgliederzahl hat sich im letzten Quartal auf 170 erhöht, ein erfreuliches Zeichen, daß die Kollegen Zweck und Nutzen des Verbandes mehr und mehr einsehen. Die darauf folgende Vorstandswahl wurde per Zuzuf vorgenommen. Es wurden gewählt: Vorsitzender Kollege Löwenthal, Kassierer Kollege Kuligowski, Schriftführer Kollege Jäschke, und für jeden der Gewählten ein Stellvertreter.

**Grätz.** (E. 16. 1.) In der am 11. Januar abgehaltenen Generalversammlung begrüßte Kollege Bajons die sehr zahlreich versammelten Kollegen, insbesondere die aus dem Felde heimgekehrten, wünschte allen ein glückliches neues Jahr und forderte auf, mit vereinten Kräften für die Zahlstelle zu arbeiten. Im letzten Jahre haben stattgefunden 7 Mitgliederversammlungen, 10 Vorstandssitzungen, 4 Betriebsversammlungen. 67 Mitglieder waren zum Militär eingezogen, wovon 5 gefallen sind, und zwar die Kollegen Glomp, Otto, Rafinski, Brißke und Vogt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1918 wurde von den Mitgliedern für richtig befunden und dem Kassierer durch Erheben von den Plätzen der Dank abgestattet. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Bajons, zum Kassierer Kollege Bruno Walter wiedergewählt. Am 9. Februar findet eine Wiederkehrsfestier im katholischen Vereinshaus, Emmerichstraße, statt. Jedes männliche Mitglied zahlt 50 Pf. Eintrittsgeld. Für jede eingeführte Person wird 50 Pf. erhoben. Jedem zweiten Sonnabend im Monat, Punkt 8 Uhr, finden Sitzungen statt, mit Ausnahme der nächsten Versammlung, die auf dem 1. Februar verlegt ist.

**Hamburg.** (E. 13. 1.) Versammlung vom 9. Januar im Gewerkschaftshaus. Kollege Müller eröffnete die Versammlung und begrüßte die zahlreich aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen. Mit der Aufforderung zu tatkräftiger Mitarbeit heißt er sie herzlich willkommen. Er gedachte ferner der während des Krieges gefallenen und verstorbenen Kollegen mit ehrenden Worten. Zum ersten Punkt, Bericht von der Lohnbewegung, berichtete Kollege Müller, daß bei den Treibriemenfabriken und Lederwarenfabriken unsere Forderungen anerkannt und durchweg seit dem 1. Dezember nachbezahlt sind; es arbeiten etwa 90 Proz. der Kollegen zu den Bedin-

gungen. Schwierigkeiten suchen nur noch die Sattlerinnungen der vier Städte Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg zu machen. Zum Altonaer Innungsbezirk gehört auch unsere Verwaltungsstelle Uetersen, welches sonach bei einer späteren Verhandlung mit den Innungen zu berücksichtigen ist. In der Diskussion wurde allseitig darauf hingewiesen, daß unter keinen Umständen von unseren Forderungen etwas heruntergelassen werden könnte, weil dieselben nur das Notwendigste zum Lebensunterhalt bedeuten. Punkt 2, Abrechnung, wurde vom Kollegen Holz-kämper verlesen. Die Revisoren erklärten, die Abrechnung geprüft und alles in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Der Mitgliederbestand ist etwa 400. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Dregelius als Bevollmächtigter, Drufen-thal als Kassierer, Puschmann als 2. Vorsitzender, Kleinau als Schriftführer, Menold als Beisitzer, Müller und Hofkämper als Revisoren, Puschmann und Heiden als Kartellbelegierte. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde über Arbeitslosigkeit in unserer Gewerbe gesprochen und bekanntgegeben, daß über 100 Kollegen arbeitslos sind, was für das hiesige Städtegebiet ein sehr hoher Prozentatz ist. Da in einigen Betrieben bereits verkürzt gearbeitet wird, meistens 6 Stunden pro Tag, wurde der Ortsverwaltung anheimgestellt, Maßnahmen zu treffen, daß auch die übrigen Betriebe die Arbeitszeit verkürzen, um so für mehr Kollegen Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

**Gelbe Arbeitslosenkarte und Kriegsstatistik.**

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die pünktliche und umgehende Ein-sendung der gelben Karte und der letzten Kriegsstatistik vom 31. Dezember 1918 sehr wichtig ist und darf keine Ortsverwaltung fehlen.

**Uebertritt aus anderen Verbänden.**

Der Uebertritt von Mitgliedern anderer der Generalkommission angeschlossenen Verbände ist nur gestattet, wenn sich dieselben in einem vollen Arbeitsverhältnis befinden. Demzufolge können ganz oder teilweise Arbeitslose, Kranke oder noch in einem militärischen Dienstverhältnis sich befindlichen Personen nicht zu unserem Ver-bande übertreten. Der Antrag auf Uebertritt ist bei der Hauptverwaltung unseres Verbandes unter Ein-sendung des Mitgliedsbuches der bisherigen Organisation zu stellen.

**Abrechnung vom letzten Vierteljahr.**

In Anbetracht des baldigen Rechnungsab-schlusses für das Jahr 1918, ist es dringend er-forderlich, die Abrechnung für das 4. Quartal so-bald als nur möglich einzusenden.

**Der Vorstand.**

S. A.: Blum.

**Bekanntmachung der Branchen-Zentral-kommission für die Auto- und Wagenfattler.**

Die im Karosserie- und Wagenbau beschäftigten Kollegen werden gebeten, umgehend über die be-stehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen Berichte einzusenden an

E. Otto, Panfow-Berlin, Gottschalkstr. 22.

**Adressen der Branchen-Zentral-kommissionen.**

Auto- und Wagenfattler: E. Otto, Panfow Berlin, Gottschalkstr. 22.

Lederwaren- und Reiseartikel: S. Weinschick, Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b.

Militärfattler: Alfred Nibel, Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b.

Treibriemenfattler: Hermann Spiegel, Berlin N., Greifenhagener Str. 22 II.

**Adressenänderungen.**

Braunschweig. B. Robert Bormann, Seiberg-straße 21. K. Franz Hein, Kaiserstr. 35 III. Ulm a. D. K. Wolf Streckfuß, Repplerstr. 28 I.

## ANZEIGEN

## Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder:

Karl Langner, Berlin, 27 Jahre alt.  
Otto Ramus, Elberfeld, 88 Jahre alt.

Berlin. Am 28. Dezember 1918 verstarb unser Mitglied Emil Schneider, 81 Jahre alt.  
Dresden. Am 28. Dezember 1918 starb unser Mitglied W. Klingberg, 28 Jahre alt.  
— Im Alter von 29 Jahren verstarb am 18. Dezember unser Mitglied Alfred Drechsel und am 19. Dezember 1918 unser Mitglied Otto Siegmund, 51 Jahre alt. — Im Alter von 22 Jahren verstarb unser Mitglied Gustav Ulrich.

Fechenheim. Am 21. Dezember 1918 verstarb unser Mitglied Johann Kurz.

Hamburg. Im Alter von 60 Jahren verstarb am 18. Dezember 1918 unser Mitglied Gottfried Evers.

Ehre ihrem Andenken!

## Bekanntmachung.

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands zu Berlin (V. a. G.)

Militärentlassene Kollegen, veräümt die Wiederanmeldung zur Krankenkasse nicht. Diejenigen Kollegen, die sich nach der Entlassung innerhalb der in unserer Satzung vorgegebenen Frist wieder anmelden, treten sofort und ohne weiteres in ihre alten Rechte wieder ein.

Wer die rechtzeitige Wiederanmeldung veräümt, hat sich die späteren Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben. Um sich daher vor Schäden zu bewahren, ersuchen wir die Kollegen, die Krankenkasse nicht zu vergessen, und sich nach der Entlassung ungeäümt anzumelden.  
Der Vorstand. J. A. Wilhelm Giese.

## Verwaltungsstelle Leipzig.

Freitag, den 24. Januar 1919, abends 7 Uhr:

## Generalversammlung

im Gesellschaftssaal des „Volkshauses“, Zeigerstraße 82.

## Tagesordnung:

1. Jahresberichte.
2. Neuwahl sämtlicher Verbandsfunktionäre.
3. Bericht der Diätenkommission.
4. Anträge.
5. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Kolleginnen! Die Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung, sowie die zeitige Vollzeitsunde, machte es notwendig, daß der Beginn der Versammlung auf 7 Uhr festgelegt wurde.

Sorge jeder für zahlreiches und pünktliches Erscheinen, damit rechtzeitig begonnen werden kann.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuller.  
Ortsverwaltung Stuttgart.

## Voranzeige! Voranzeige!

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Samstag, den 1. Februar 1919, nachm. 3 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Sängersaal, unsere

## Generalversammlung

statt. Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Bericht des Vorstandes.
4. Anträge.
5. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
6. Verschiedenes.

Wir fordern unsere Kollegen und Kolleginnen dringend auf, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen**, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franko.

## Sattler

auf Bügelloffer per sofort gesucht.

H. Kahlow & Co., Bremen,  
Faulenstraße 52.

## Mehrere Spezialarbeiter

für Portefeuller und Handtaschen sofort gesucht.

Albert Möller, Lederwarenfabrik,  
Düsseldorf, Copernikusstr. 26.

Suche zum Frühjahr ein

## Sattler- und Tapeziergeschäft

in einem Orte Nord- oder Nordwestdeutschlands zu übernehmen. Offerten erbitte an

Wilhelm Warneke,  
Steinhausen (Oldenburg).

## Sattler

Mehrere Spezialarbeiter für Leder- Reisetaschen und Handkoffer sofort gesucht.

Albert Möller, Düsseldorf,  
Copernikusstraße 26.

## Kumtmacher

gesucht, der alle Arten von Kumten vollendet herstellen kann. Wir beanspruchen erstklassige Arbeit.

E. Leschen & Co.  
Köln-Nippes, Geldernstraße 46.

## Tüchtiger energischer

## Vorarbeiter

Spezialist für Lederkoffer, Maulbügeltaschen und City-bags, welcher in der Lage ist, eine derartige Fabrikation selbständig einzurichten, wird zum baldigen Antritt gesucht.

Offerten unter „12“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Durch jede Buchhandlung und durch den Verlag von Joh. Sassenbach, Berlin 16, ist zu beziehen:

Joh. Sassenbach: Die heilige Inquisition.  
Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche  
60 Pfennig.

Joh. Sassenbach: Die Freimaurerei.  
Ihre Geschichte, Tätigkeit und innere Einrichtung.  
1 Mark.

## Fachlehrbücher I. Ranges

mit vielen Abbildungen.

Der praktische Sattler M. 18,70. Das Sattlerhandwerk M. 25,80. Der Automobil-Luftschiffattler M. 7,85. Das Polstern M. 11,—. Das Zuschneiden der Sattler-, Riemen- und Täschnerarbeiten M. 10,—. Die Schule des Tapeziers M. 14,—. Der Tapezierer und Dekorateur M. 12,70. Der Zimmerdekorateur M. 6,65. Der Wagenfabrikant M. 15,—. Der Wagenkasten und sein Plan M. 8,75. Der Kraftwagenbau mit Modellband M. 88,—. Der Gerber M. 12,—. Herstellung lohgaren Leders M. 8,70. Die Oberlederfabrikation M. 12,—. Lohnberechner M. 2,—. Rechenhelfer M. 3,85. Der Handwerker als Kaufmann M. 7,25. Handelslehre M. 3,—. Werkstättenbetriebsleitung M. 10,85. Gegen Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin E. 19, Dresdener Straße 80.

Für unsere Abteilung Fein-Lederwaren und Reiseutensilien suchen wir sofort einen

## jungen, erfahrenen u. strebsamen Fachmann

der diese Abteilung leiten kann und auch gleichzeitig in der Lage ist, einer größeren Instandsetzungs-Werkstatt in gleichen Artikeln vorzustehen. — Angebote mit Gehaltsansprüchen und Lebenslauf an

Engelhard & Co., Groß-Sattlerei und Lederwarenfabrik,  
Münster i. W.

## Freibriemensattler

mit langjährigen Erfahrungen in modern eingerichteten Betrieben, mit guten Lederkenntnissen und mit Kenntnissen in der Behandlung sämtlicher Maschinen, für dauernde selbständige Stellung gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und mit Zeugnisabschriften an Heinrich Rute, Braunschweig, Postschließfach 131.

## Beschlagnahme- und verwendungsfreies

spinnfertiges Rohmaterial für Seilerei regelmäßig in großem Posten abzugeben.

E. Reifem, Mühlhausen i. Th.

## Leder-Abfälle

jeder Art kauft und bittet um bemusterte Offerte Julius Heymann jun., Lederabfall-Großhandlung, Berlin C. 2, Königstraße 43/44. Telefon: Centrum 8298.